

Zl. 4/2006

## **PROTOKOLL**

### **über die Sitzung des Gemeinderates**

**am: Mittwoch, 12.07.2006**

**Ort: Gemeindesitzungszimmer**

**Beginn:** 19:30 Uhr

**Ende:** 23:45 Uhr

#### **Anwesende:**

*Herr Bürgermeister:* Ing. Alois Margreiter als Vorsitzender  
*Herr Bürgermeisterstellvertreter:* Ing. Valentin Koller

#### **Die Gemeinderäte:**

Herr Andreas Atzl  
Herr Jakob Hager  
Herr Josef Gruber  
Herr Mag. Josef Feichtner  
Herr Peter Hohlrieder  
Herr Adolf Moser  
Frau Veronika Adamer  
Frau Stefanie Auer (Ersatz)  
Frau Eva Haaser (Ersatz)  
Frau Elisabeth Grad (Ersatz)  
Herr Johann Schwaiger (Ersatz)

#### **Außerdem anwesend:**

4 Zuhörer

#### **Entschuldigt waren:**

Frau Grete Messner  
Herr Josef Schwaiger  
Frau Barbara Moser  
Herr Klaus Plangger  
Herr Walter Huber  
Frau Maria Schmid

#### **Nicht entschuldigt waren:**

Die Einladung erging an alle Gemeinderatsmitglieder. Die Gemeindevertretung zählt 15 Mitglieder, anwesend sind hievon 13; die Sitzung ist daher beschlussfähig.

#### **Tagesordnung:**

##### **Pkt.**

- 1) Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 23.05.2006; Berichte des Bgm.
- 2) Regibus Wörgl und Mittleres Unterland:
  - a) Bericht GF Mag. Georg Fuchshuber.
  - b) Beschlussfassung Vertragsanpassung „Regio Wörgl“.
  - c) Kostenbeteiligung an „Regio Mittleres Unterland“.
- 3) Bericht des Bgm. über das Ergebnis der Kurzkassenprüfung durch die BH Kufstein entsprechend § 119 Abs. 2 TGO 2001.
- 4) Ansuchen Hager Bettina, 6252 Breitenbach, Schönau 58 (neu Schönau 82), um Umwidmung des Gst. 5560 von Verkehrsfläche in landwirtschaftliches Mischgebiet.
- 5) Vergabe Dach- und Fassadenerneuerung Feuerwehrhaus, Dorf 281 (neu Oberdorf 8).
- 6) Vergabe Verkehrsanalyse als Grundlage für einen Verkehrsplan.

- 7) Beratung und Beschlussfassung über Änderung der Richtlinie zur Solaranlagenförderung.
- 8) Schreiben Amt der Tiroler Landesregierung bezüglich Tiroler Kleinunternehmerförderung zur Gewährung einer Nahversorgungsprämie.
- 9) Beratung und Beschlussfassung über weitere Vorgangsweise betreffend Veräußerung Gst. 5697 und Gst. .394 – gesamt 1318 m2 (ehemalige Volksschule Glatzham).
- 10) Personalangelegenheiten:
  - a) Vergabe der ausgeschriebenen Karenzstelle im Kindergarten.
  - b) Festlegung Vorgangsweise Nachbesetzung Amtsleiter(in).
  - c) Vertragsverlängerung der Kindergartenstützkraft Kern Michaela bei Fortführung der Kindergarten-Einzelintegration.
- 11) Anträge, Anfragen und Allfälliges:
  - a) Verkauf von Anteilen der Felbertauernstraße AG an das Land Tirol – Beschlussfassung.
  - b) Auftragsvergabe für Lieferung und Montage einer Fensterjalousie im Kindergarten.
  - c) Ansuchen Feichtner Hubert, Moos 36, um Umwidmung der Grundstücke 206/6, 206/7, 206/8 und 206/9 von derzeit Freiland in Wohngebiet.
  - d) Antrag der Gemeinderatsfraktion „Junge Breitenbacher“ auf Installierung eines Sozialfonds.
  - e) Auftragsvergabe zur Erstellung der Kollaudierungsunterlagen für die Kanalbauabschnitte 05 und 06 an das Ingenieurbüro DI Peter Pollhammer 6323 Bad Häring.
  - f) Beschlussfassung über Sofortmaßnahmen nach den heurigen Unwetterschäden.

### **Sitzungsverlauf und Beschlüsse:**

Punkt 1)

Genehmigung des Sitzungsprotokoll vom 23.05.2006; Berichte des Bgm.

Der Bgm. eröffnet mit Begrüßungsworten die Sitzung. Als Ersatzgemeinderat erstmals zur Sitzung einberufen wird Frau Stefanie Auer vom Bgm. angelobt. Anschließend wird das Sitzungsprotokoll vom 23.05.2006 zur Diskussion gestellt. Von GR Moser wird angemerkt, dass im Protokoll die Wortmeldungen der Gemeinderäte recht spärlich wiedergegeben wären. Unter Punkt 9b) des Protokoll über die „vertraulichen Tagesordnungspunkte“ wird von GR Hohlrieder ein Fehler geortet, die angeführten Mehrkosten für eine zusätzliche Kindergartenhelferin müssten natürlich Jahreskosten sein.

### **Beschluss:**

Einstimmig durch Handzeichen wird das Sitzungsprotokoll vom 12.07.2006 von den damals anwesenden Gemeinderäten angenommen.

Der Bericht des Bgm. beinhaltet folgende Themenbereiche:

- Hausnummernumstellung (gutes Projekt, der Wechsel der Beschilderung ist noch nicht abgeschlossen, Probleme gibt es mit der Grundbuchsumstellung, Bitte an den Obmann um einen Kurzbericht dazu).  
Obmann GR Gruber: Die Umnummerierung sei gut angenommen worden, es habe keine größeren Fehler und auch wenige Beschwerden gegeben. Er erläutert die Verzögerung bei der Schilderanbringung (Gemeindearbeiter mussten bei der Behebung der Wetterschäden mithelfen), wie das Problem der Grundbuchsumstellung gelöst werden könnte und dass die Ortsteilafeln, sowie die Hinweistafeln hiezu schon bestellt seien und jene für die Gewerbetreibenden anschließend gesammelt angeschafft würden.
- Unwetterschäden (Probleme mit Alarmierung durch Umstellung auf ILL, Schäden im landwirtschaftlichen Bereich, Schäden an Gemeindewegen im Bereich Leiten und oberhalb Elma, neuralgische Punkte Bereich Grünbichl, Hager/Pichler, Pfarrsiedlung, Weg Ziehenfeld, Sofortmaßnahmen zur Situationsverbesserung sollen unter Allfälliges beschlossen werden).
- Asphaltierungsarbeiten (Bereich Hotter/Lintner fertiggestellt, die Gehsteiglücke bei Thaler Erich wurde geschlossen)
- Baurechtsverfahren Thaler Monika (bau- und feuerpolizeiliche Überprüfung des Objektes)
- Abbruch Mumelterhaus (abgeschlossen, Humusierung und Abzäunung, zusätzliche Spielfläche für Kindergarten)

- Personalangelegenheiten (Anstellung AchRAINER Hannes, für die Amtsleiterausschreibung liegen bereits 11 Bewerbungen vor, größtenteils Juristen)
- Kirchenrechnung bzw. Einspruch des Sportvereines (Verlesung des Schreibens von Herrn Pfarrer Mag. Ellinger und die Bewertung der zuständigen Stelle der Erzdiözese dazu)
- Mietangelegenheiten (Tankstellenverpachtung gekündigt zum 31.12.2006, Wohnungskündigung durch die Familie Kostic, Wohnungsräumung Koppandi entsprechend dem Vergleich mit 30.06.2006 – die Vergleichsabfindung von EUR 19.656,- ist zu bezahlen, auch die Wohnung Innerbichler ist geräumt)
- Sonderförderung zur Abdeckung des Gebührenhaushaltes beim Kanal (€ 115.383,- wurden gewährt)
- Rettungseinrichtungen (Zores zwischen Rotes Kreuz und Samariterbund, Bürgermeisterkonferenz beschließt Installierung eines Gemeindeverbandes für das Rettungswesen)
- Pfingstfest des Sportvereines (Konzept und Auflagen haben größtenteils gewirkt, keine Vandalismusschäden mehr, mehr ambulante Versorgungen und weniger Krankenhauseinlieferungen, Jugendschutzmaßnahmen, Abschlussbesprechung)
- Keine Nachmittagsbetreuung im kommenden Schuljahr an den Breitenbacher Schulen (Erhebung hat zu wenige Meldungen ergeben)
- Verkauf der Riederbergdeponie (neue Eigentümer, Gebührenerhöhung angekündigt, Verlesung Schreiben RECO wegen Klagsandrohung und Änderung der Abrechnungsmodalität)
- Kollaudierungsprobleme bei Kanalbauabschnitt 05 und 06 und Deponiesanierung (Ing.-Büro Schwarz und DI Brandner säumig, keine Erledigung in Aussicht, Verwaltungsstrafverfahren werden angedroht, Umweltförderungen sollen eingestellt werden, mündlicher Auftrag des Bgm. an DI Pollhammer zur Fertigstellung der Kanalbau-Kollaudierungsunterlagen erteilt)
- Exkursion zur Müllverbrennungsanlage Kempten – Einladung Büro LR Lindenberger

Fragen zum Bericht kommen von GR Feichtner zur Anzahl der Meldungen wegen Nachmittagsbetreuung an den Schulen (4 Kinder) und zu den Sanktionen, mit denen Dr. Schiessling Bewegung in die Kollaudierungssache DI Brandner bringen möchte.

Punkt 2)

Regiobus Wörgl und Mittleres Unterland:

a) Bericht GF Mag. Georg Fuchshuber.

Vom Bgm. wird der zur Sitzung eingeladene GF Mag. Georg Fuchshuber an seine Seite gebeten, um die anstehenden Änderungen am bestehenden Regiobussystem und das neue Verkehrsprojekt „Mittleres Unterinntal“ zu erläutern. Zwei verschiedene Angelegenheiten, auf die auch der Bgm. kurz eingeht und in den Grundzügen aufklärt und informiert. Es geht zum Einen um eine Verteuerung der Jahreskarte auf € 70,-, um die Schülerfreifahrten bzw. den Bundeszuschuss dazu nicht zu gefährden, zum Anderen um die Umstellung des Sonn- und Feiertagfahrplanes auf einen 2-Stundentakt und zum Dritten um eine Beteiligung der Gemeinde in Höhe von € 10.000,- für die Teilnahme am geplanten neuen Verkehrssystem „Mittleres Unterland“. Die Stadt Wörgl habe die den Regiobus Wörgl betreffenden Änderungen bereits beschlossen, läßt der Bgm. wissen und verliest den Beschlusstext dazu. Schüler, Lehrlinge, Pensionisten und Behinderte sollen von der Preiserhöhung bei den Jahreskarten verschont bleiben und weiterhin 50,- EURO bezahlen. An Sonn- und Feiertagen würde künftig das ganze Jahr hindurch und nicht nur zur Saison im 2-Stundentakt gefahren. Vom Bgm. kommen noch ausführliche Erläuterungen über die Finanzierung des Projektes „Mittleres Unterland“, an dem sich die Gemeinden Kramsach, Münster, Brandenburg, Radfeld, Rattenberg, Brixlegg, Reith, Alpbach sowie Kundl und Breitenbach beteiligen sollen. Mehrere Verteilungsschlüssel (nach Einwohner, nach Nächtigungszahlen, nach Finanzkraft) seien bereits vorverhandelt und wieder verworfen worden, das Zahlenmaterial wird vorgestellt. Der Breitenbacher Anteil nach dem letzten Verhandlungsergebnis wird vom Bgm. mit EUR 10.000,- genannt.

Anschließend werden die beiden Projekte, Regiobus Wörgl und Regiobus „Mittleres Unterinntal“ vom Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Tirol, Mag. Georg Fuchshuber, in einem sehr lebhaften Vortrag vorgestellt. In geballter Form werden den Gemeinderäten fundierte Informationen geliefert. Nach dem freiwilligen Verlassen der Sitzung durch die Zuhörer kann Mag. Fuchshuber

auch die zuerst geübte Zurückhaltung (Verschwiegenheitspflicht) in punkto Finanzierungszahlen und Gemeindevergleiche aufgeben. Er verteidigt das - wie er meint - gut angelaufene Verkehrssystem Regiobus Wörgl (300 Fahrschüler, 150 Jahreskartenbesitzer, steigende Fahrgästekzahlen) und berichtet von dem ebenfalls bereits gestarteten Sommerverkehr zum Reintalersee (Probleme mit Haltestelle/Wendemöglichkeit beim Haflingerhof). Zur Fahrplanumstellung an Sonn- und Feiertagen auf einen 2-Studentakt macht er klar, dass dies eine Verteuerung des Systems übers ganze Jahr (mehr Lenkerstunden, mehr Fahrkilometer) mit sich bringt, die Kosten von rund € 12.000,- werden nach dem bestehenden Schlüssel umgelegt. Einen breiten Raum seiner Ausführungen nimmt die Anhebung der Jahreskarte auf € 70,- und die Problematik des ursprünglich zu billigen Angebotes ein. Die wirtschaftlichen Auswirkungen, die Konkurrenzierung der Selbsthalte bei den Schülerfreifahrten durch die billigen Jahreskarten und der Ausfall der Bundeszuschüsse an die Verkehrsunternehmen in der Folge nennt er als Bedrohungspotential für das System. Hier müssten die Gemeinden gegensteuern, fordert er. Anschließend geht er detailliert auf den Bereich des geplanten Verkehrssystems Richtung Westen bis nach Vomp/Schwarz ein. Hier seien noch mehr „Mitspieler“, nämlich die Regionen Brixlegg, Jenbach und Schwarz und Umgebung, Tourismusverbände und die Seilbahngesellschaften eingebunden. Trotzdem würde sich hier offensichtlich eine raschere Einigung abzeichnen, läßt er wissen und gibt einen Situationsbericht über Verhandlungsergebnisse und Finanzierungszusagen. Die Bgm. hätten sich einem straffen Zeitplan unterworfen, schon mit Beginn der Schulsaison, spätestens aber mit der Schisaison soll die Buslinie in Betrieb sein. Er zeigt noch einmal die Vorteile für Breitenbach hinsichtlich einer Beteiligung am Projekt „Mittleres Unterland“ auf: eine noch nie dagewesene Mobilität für Einwohner und Gäste und ein Angebot für einen möglicherweise erforderlich werdenden Schülerverkehr in die Fraktion Haus.

Vom Bgm. werden unterstützt durch Mag. Fuchshuber die Kosten der Gemeinde Breitenbach für das Verkehrssystem in runden Zahlen auf den Tisch gelegt (€ 28.000,- für die Beteiligung am Regiobus Wörgl, € 14.000,- für den integrierten Schülerbus und € 10.000,- bei einer Beteiligung an der Westanbindung).

Der Bgm. zeigt deutliche Präferenzen für eine Beteiligungsübernahme beim Projekt „Mittleres Unterland“, wie er überhaupt die Kosten für die Bereitstellung dieses öffentlichen Nahverkehrs für gut angelegt ansieht.

Anschließend wird im Gemeinderat diskutiert und Mag. Fuchshuber steht für Fragen zur Verfügung. Vizebgm. Koller hinterfragt den jetzigen Kostenanteil für den Schibusverkehr nach Alpbach. Dieser würde wegfallen und sich damit die Gemeindebeteiligung für die Westanbindung um rund € 5.000,- relativieren, wird erklärt. In der Folge wird vom Bürgermeisterstellvertreter noch ein im Verkehrsausschuss diskutierter Vorschlag einer besseren Einbindung der Firmen SANDOZ und Lindner in das Regiosystem (Anpassung der Fahrpläne) angesprochen. Die Ausführungen dazu des Mag. Fuchshuber lassen die Komplexität des Systems erahnen. Wie überhaupt die Weiterführung und Finanzierung des Schülerverkehrs geschafft und schließlich in das Regiobussystem eingebunden werden konnte, warum der bestehende Mischbetriebsverkehr (Schülerfahrten/Spitzenabdeckung, Werksverkehrfinanzierung durch die SANDOZ) erhalten bleiben muss, wird nach den Ausführungen klar. Die Möglichkeit der Realisierung eines Gesamtkonzeptes sieht Mag. Fuchshuber nur nach einer Einigung mit der SANDOZ-Führung. Dazu wird vom Bgm. vorgeschlagen, dass GR Gruber ein Gespräch mit Sandozverantwortlichen/Gemeinde/Fuchshuber arrangieren soll.

Wenig euphorisch argumentiert GR Schwaiger Johann, der den Regiobusverkehr „sauteuer“ und schlecht an die Fahrbedürfnisse der Schüler angepasst (nicht die Fahrzeiten sondern der Schulbetrieb wurde angepasst) findet. Auch die Pendler würden die Linie nicht nutzen können und die Busse seien schlecht ausgelastet (leer). Auch für eine Ausweitung der Buslinie Richtung Westen kann er sich nicht erwärmen.

Bgm. und GF Mag. Fuchshuber wollen diese Argumentation nicht gelten lassen, weil das Fehlen eines entsprechenden Nahverkehrsangebotes bisher immer kritisiert worden sei. Es gehe hier um strukturpolitische Entscheidungen. Ohne entsprechendes Angebot gebe es auch keine Annahme und die Akzeptanz müsse erst in der Bevölkerung über die Jahre wachsen.

Die GRe Moser Adolf, Atzl und Gruber sprechen sich für die Bereitstellung des Nahverkehrsangebotes aus, auch für eine Beteiligung am Linienverkehr Richtung Westen.

Allgemeiner Tenor der Wortmeldungen: die Kosten sind angesichts des Angebotes angemessen, Kinderkrankheiten müssten ausgemerzt werden. GR Gruber hat noch Verständnisfragen hinsichtlich der Schifahrer (fahren auch nach Westen gratis) und der Fahrkosten über Breitenbach Richtung Westen hinaus. GR Haaser Eva informiert sich noch über Probleme bei den Fahrschülern, weil die

Hauptschüler erst beim späteren Bus (wegen Kapazitätsprobleme, Vereinbarung zwischen VS- und HS-Leitung) zusteigen dürfen.

GR Hohlrieder stößt sich einmal mehr am Informationsfluss, der seiner Meinung nach zu lange gedauert habe. In der Folge läßt er sich über den Sommerverkehr zum Reintalersee und warum ein Umstieg auf kleinere Busse an Sonn- und Feiertagen nichts bringen würde von Mag. Fuchshuber aufklären. Provokante Äußerungen zu Finanzierungsfragen, Fahrgeldeinnahmen, Fahrplänen (Arschkarte!) lösen weitere detaillierte Berichte und finanzielle Gemeindevergleiche aus. Auch eine Elternbeschwerde (Schüler des Realgymnasiums würden nicht an der Haltestelle abgeholt) wird GR Hohlrieder noch los, möchte im Übrigen aber nicht als Gegner der Regiolösung einschließlich Westanbindung angesehen werden.

GR Feichtner würdigt grundsätzlich das Regio-Nahverkehrskonzept als positive Entwicklung, der man auch Kinderkrankheiten zugestehen müsse. Die vorgestellten Anpassungen beim Regibus Wörgl und die Kostenbeteiligung Regioprojekt „Mittleres Unterland“ sollten beschlossen werden. Die ausführliche Berichterstattung (2 Std.) sieht er positiv, wünscht sich aber eine Verlagerung der Diskussion in den Verkehrsausschuss. Zuletzt urgiert er noch mehr Marketingbemühungen, um den Umstieg der Bevölkerung vom Pkw auf den öffentlichen Bus zu forcieren.

Dazu berichtet Mag. Fuchshuber von den Aktivitäten des Verkehrsverbundes, meint aber, dass dies nicht nur eine Sache des VVT sei. GR Atzl berichtet über einen schaumgebremsten diesbezüglichen Versuch beim Krämerwirt.

Anschließend werden die entsprechenden Beschlussfassungen vorgenommen und zwar zu

Regibus Wörgl und Mittleres Unterland:

b) Beschlussfassung Vertragsanpassung „Regio Wörgl“.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme (GR Schwaiger Johann), die Regibus-Jahreskarte mit 1.09.2006 von bisher EUR 50,- auf EUR 70,- für Breitenbacher Gemeindebürger anzuheben und für Schüler und Lehrlinge mit Schüler- und Lehrlingsausweise sowie für Senioren und Behinderte mit Senioren- und Behindertenausweise die Jahreskarte weiterhin gegen Vorlage dieser Ausweise um EUR 50,- abzugeben. Außerdem stimmt der Gemeinderat einer Umstellung des Fahrplanes an Sonn- und Feiertagen dahingehend zu, dass künftig eine ganzjährige Bedienung an Sonn- und Feiertagen im 2-Stundentakt erfolgt und die dadurch entstehenden Mehrkosten (insgesamt EUR 12.000,-) nach dem bestehenden Aufteilungsschlüssel übernommen werden.

Regibus Wörgl und Mittleres Unterland:

c) Kostenbeteiligung an „Regio Mittleres Unterland“.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt mit 12 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme (GR Schwaiger), sich auch am Projekt „Regio Mittleres Unterland“ mit der bei der Verhandlung am 23.06.2006 vereinbarten Summe von EUR 10.000,- jährlich zu beteiligen. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die entsprechenden Verträge zu unterzeichnen.

Punkt 3)

Bericht des Bgm. über das Ergebnis der Kurzkassenprüfung durch die BH Kufstein entsprechend § 119 Abs. 2 TGO 2001.

Mit der Einladung zur Sitzung ist auch der Kurzbericht über die Prüfung den Gemeinderäten zugestellt worden. Der Bgm. geht davon aus, dass er auch gelesen worden sei und konzentriert er sich deshalb nur mehr auf wenige Punkte. Mängel seien keine festgestellt und lediglich Verbesserungsvorschläge unterbreitet worden, stellt er fest. Folgende Punkte werden im Gemeinderat besprochen: Nebenkasse Schneider Thomas, Rücklagen und deren Bindung, das Sparbuch wegen höherer Zinsen, die Bestätigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit mit vollständiger Unterschrift und die Einhaltung der Voranschlags- und Jahresrechnungstermine.

**Beschluss:**

Der vom Bürgermeister vorgelegte Kassenprüfbericht 2006 des Gemeindereferates der Bezirkshauptmannschaft Kufstein wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Den Anregungen der Revisoren wird entsprechend Rechnung getragen und zwar

- mit Stichtag 1.05.2006 wurde die Nebenkasse Schneider Thomas „Meldeamt“ aufgelöst (Prüfbericht 1.2.2.)
- die Bindung bei der Betriebsmittelrücklage wird nicht mehr erneuert (Prüfbericht 1.3.2.)
- die Belege werden künftig mit vollständiger Unterschrift hinsichtlich der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit versehen (Prüfbericht 2.)
- die Termine für die Festsetzung der Voranschläge und Genehmigung der Rechnungsabschlüsse sowie die öffentlichen Kundmachungen dazu sind TGO-gemäß zu vollziehen (Prüfbericht 3.1.).

Punkt 4)

Ansuchen Hager Bettina, 6252 Breitenbach, Schönau 58 (neu Schönau 82), um Umwidmung des Gst. 5560 von Verkehrsfläche in landwirtschaftliches Mischgebiet.

Vom Bgm. wird die Widmungssituation hinsichtlich der gegenständlichen Grundstücke erläutert und auf die von der Gemeinde getätigten Verkäufe aus dem öffentlichen Gut „Gemeindestraßen“ verwiesen. Konsequenterweise müsse der Gemeinderat nun auch die Widmung hinsichtlich der Verkehrsflächen korrigieren, fordert er. Die Umwidmungsunterlagen werden mittels Overhead zur Kenntnis gebracht und die raumordnerische Stellungnahme des Raumplaners verlesen. Von GR Hohlrieder wird das Fehlen der ebenfalls durch die Umwidmung betroffenen Grundfläche des Adamer Friedrich auf der Tagesordnung bemängelt. Bei der Ausschreibung der Tagesordnung wären die Umwidmungsunterlagen noch nicht vorgelegen, erklärt der Bgm. Vom Raumplaner sei aber die seinerzeit an Adamer verkaufte Fläche richtigerweise ebenfalls einbezogen worden. Mit den GRen Adamer und Hager werden 2 Stimmenzähler für die Abwicklung der schriftlichen Abstimmung bestimmt.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat der Gemeinde Breitenbach beschließt unter Pkt. 4) der Tagesordnung in geheimer Abstimmung mit 13 Ja-Stimmen, den Planentwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Nr. 5560 und 2315 (Teilfläche), Grundbuch Breitenbach, AntragstellerIn: Hager Bettina, 6252 Breitenbach, Schönau 82 (neue Adresse), durch 4 Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Der Entwurf sieht folgende Änderung vor:

**Umwidmung des Grundstückes Nr. 5560 und einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 2315 im Gesamtausmaß von ca. 511 m<sup>2</sup> von derzeit Verkehrsfläche der Gemeinde in Bauland „Landwirtschaftliches Mischgebiet“.**

Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat gemäß § 68 Abs. 1 lit. a) TROG 2006, dass der Umwidmungsbeschluss dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen zum Entwurf von einer hiezu berechtigten Person oder Stelle eingehen.

Entscheidungsbegründung:

Der Gemeinderat stützt sich in seiner Entscheidung auf das raumplanerische Gutachten des Herrn Dr. Georg Cernusca, in dem gut nachvollziehbar ausgeführt wird, dass gegen die vorgesehene Baulandwidmung keine raumordnerischen Bedenken bestehen. Das auffällige Wohnobjekt der Antragstellerin soll abgebrochen und durch ein zeitgemäßes Wohnhaus ersetzt werden. Um TBO-gerechte Abstände zu erhalten, hat die Antragstellerin für eine Bestandserweiterung zuletzt schon zwei Teilflächen aus dem öffentlichen Gut Gst. 5430 erworben. Eine weitere Teilfläche, die ident mit der nun ebenfalls umzuwidmenden Grundfläche aus der Gst. 2315 ist, wurde an Herrn Friedrich Adamer, Pflegerbauer, abgetreten und mit dessen Hofstellengrund vereinigt. Im Flächenwidmungsplan der Gemeinde ist das Grundstück Nr. 5560 und die abgetretene Teilfläche aus 2315 aber weiterhin als Verkehrsfläche der Gemeinde ausgewiesen. Es ist deshalb im raumordnerischen Interesse, dass in diesem Bereich eine entsprechende einheitliche Widmung

geschaffen wird. Die Infrastruktur hinsichtlich Erschließung, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist durch den Bestand gesichert.

Punkt 5)

Vergabe Dach- und Fassadenerneuerung Feuerwehrhaus, Dorf 281 (neu Oberdorf 8).

Zu den Sanierungsvorhaben beim Feuerwehrhaus berichtet der Bgm., dass bei der letzten Sitzung eine Vertagung zur Einholung von weiteren Kostenvoranschlägen stattgefunden habe. Es lägen nun für die Dachsanierung und die Fassadenverkleidung (die Holzverschalten Wände einschließlich des Balkons über den Feuerwehrtoren sollen in Aluminium verkleidet werden) 3 Angebote vor. Die Angebote habe BM Gangelberger geprüft und die Firma Werlberger Kundl sei in Summe (Spenglerarbeiten beim Hausdach und Fassadenverkleidung) mit EUR 23.228,00 Billigstbieter. Die Firma Thaler & Pechersdorfer Kundl habe um EUR 25.391,33 und die Firma Weissbacher Wörgl um EUR 29.022,33 angeboten. Auch nach einer Nachlasszusage von 4 % der Firma Thaler & Pechersdorfer würde sich an der Reihung nichts ändern, rechnet er vor. Auch möglicherweise anfallende Zusatzkosten sollen eingeplant werden und zwar für eventuell schadhafte Schalungen, Windlädenerneuerung und Balkonunterkonstruktion. Diese Kosten beziffert der Bgm. nach einer Gangelberger-Schätzung mit € 2.600,-. Auch das Flachdach über dem Schlauchturm soll saniert (verblecht) und in ein Pultdach (wegen Einlassprobleme) abgeändert werden, wird vom Bgm. ein zusätzlicher Kostenpunkt (3.300,- €) aufgelistet.

Abschließend ersucht der Bgm. um Beschlussfassungen für die Beauftragung der Firma Werlberger und in Folge dann um eine Ermächtigung, die genannten Zusatzarbeiten einschließlich der Schlauchturmsanierung vergeben zu dürfen. Dazu wird vom Bgm. auch die Bedeckungssituation erläutert und für gegeben erachtet.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Handzeichen, die Spenglerarbeiten für die Dachsanierung und die Anbringung der Fassadenverkleidung (Aluminium 0,70 mm in Winkelstehfalztechnik, karminrot) an den Billigstbieter, die Firma Simon Werlberger Kundl, zu vergeben. Die Vergabesumme beträgt EUR 23.228,00 netto, es werden 3 % Skonto bei Bezahlung innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungserhalt gewährt.

**Beschluss:**

Ergänzend wird einstimmig per Akklamation beschlossen, die anfallenden Zimmererarbeiten an eine einheimische Firma zu vergeben. Der Bgm. wird ermächtigt, diese Vergabe nach Einholung von 2 Angeboten vornehmen zu dürfen. Auch der Sanierung bzw. Umgestaltung des Schlauchturmdaches im Zuge der Gesamtmaßnahme stimmen die Gemeinderäte einstimmig zu.

Punkt 6)

Vergabe Verkehrsanalyse als Grundlage für einen Verkehrsplan.

Vom Obmann des Verkehrsausschusses Vizebgm. Koller wird von einer Ausschusssitzung berichtet, zu der auch Ing. Gerhard Huter vom Technischen Büro für Verkehrstechnik in Hall geladen war. Es wurde damals vereinbart, dass Herr Huter ein Kostenangebot für eine Verkehrsanalyse als Grundlage für die Erstellung eines Verkehrsplanes legt. Dieses Kostenangebot liegt nun vor und es wird vom Vizebgm. zur Verlesung gebracht. Verfolgungszählungen mit Kennzeichenerhebung, Knotenstromzählungen und in der Folge eine Verkehrszählung mit einem elektronischen Verkehrsdatenerfassungsgerät sollen die Basis für die Verkehrsanalyse bilden, der Preis hierfür EUR 12.626,- netto. Vizebgm. Koller hat auch gleich um eine Kostenreduktion nachgefragt und eine 3 %-Rabattierung zugesagt bekommen. Außerdem kann die Gemeinde 3 Personen selbst für die Zählungen einbringen, was € 600,- Kostenreduktion ausmachen würde. In diesem Fall würde die Anbotsumme um die € 11.600,- liegen, rechnet er vor. Berichten kann er auch noch über zwei mittels elektronischen Verkehrsdatenerfassungsgeräten durchgeführte Verkehrszählungen bei der Zimmerei Adamer und im Bereich Wieshof, wo in 2 Tagen unglaubliche Verkehrsdichten gemessen wurden. Die Detailergebnisse liefern interessante Aufgliederungen hinsichtlich der Fahrzeuge (Einspurige, Pkw, Lkw, Lkw-Zug) und Geschwindigkeiten. Vizebgm. Koller plädiert für eine Beauftragung des Verkehrsexperten um aufschlussreiches

Grundlagenmaterial für die tatsächlichen Verkehrsströme im Ort zu erhalten. Der Bgm. unterstützt den Wunsch des Verkehrsausschussobmannes und verweist auf den diesbezüglichen Ansatz im Budget. Man habe dann Fakten, aber natürlich noch keine Lösung, meint er. Das Büro für Verkehrstechnik möchte er auch nicht als eine Dauerkundschaft in Breitenbach haben, zieht er einen Vergleich mit Kundl. Vom Vizebgm. wird noch über den mäßigen Erfolg der versuchten Bevölkerungseinbindung (zwei Aufrufe im „Pleassinger“ in Sachen Verkehr) berichtet, die Rückläufe würden im Verkehrsausschuss behandelt.

Angesichts des Preises fällt die anschließende Diskussion nicht gerade euphorisch in Richtung Beauftragung aus. GR Atzl sieht schon das Erfordernis einer Entscheidungshilfe in Form von Information, das Angebotene erscheint ihm aber zu umfangreich und wünscht er sich eine Zählung „light“. Keine halben Sachen möchte GR Gruber machen, die Beauftragung zur Erstellung dieser nachvollziehbaren Arbeitsgrundlage sei eine einmalige Sache, für die er eintritt. GR Schwaiger Johann hinterfragt das „danach“ und möchte für dieses Zahlenwerk das Geld nicht ausgeben. Eine Umfahrung sei ohnedies utopisch und für punktuelle Maßnahmen wäre der Verkehrsausschuss gefordert, meint er. Grundsätzlich findet GR Feichtner die Erhebung eines Istzustandes wichtig, um daraus Schlussfolgerung ziehen zu können. Die Analyse soll jedenfalls auch einige Vorschläge für Maßnahmen enthalten, wünscht er sich. Wie die Unterscheidung zwischen Radfahrern und motorgetriebenen Einspurigen bewerkstelligt werden könne, ist ihm unklar. Durch händische Anmerkungen meinen einige Gemeinderäte.

Vizebgm. Koller räumt ein, dass auch er sich daraus nicht eine schnelle Superlösung erwarte, aber jedenfalls ein gescheites Zahlenwerk, mit dem Entscheidungen unterstützt werden könnten.

#### **Beschluss:**

Durch Handzeichen beschließt der Gemeinderat mit 11 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen (GRe Haaser, Atzl) das Angebot zur Erstellung einer Verkehrsanalyse als Grundlage für einen Verkehrsplan anzunehmen und dem Technischen Büro für Verkehrstechnik, Ing. Gerhard Huter, hiezu auf Basis der mit Vizebgm. Koller vereinbarten Kostenreduktion (3 %ige Rabattierung, € 600,- für die Stellung von 3 Zählorganen durch die Gemeinde) den Auftrag zu erteilen

#### Punkt 7)

##### Beratung und Beschlussfassung über Änderung der Richtlinie zur Solaranlagenförderung.

Der Bgm. erläutert die seit 1994 bestehende Solaranlagenförderung der Gemeinde, nennt die jährlich ausbezahlten Fördersummen und Anlagezahlen. Ihm erscheint diese Regelung von der Höhe her nicht mehr zeitgemäß und spricht er sich für eine Anhebung aus. Auch die Landesförderung sei in dieser Zeit massiv angehoben worden, argumentiert er und erklärt die Förderungsregelung des Landes (€ 200,- pro m<sup>2</sup> Kollektorfläche max. 20 m<sup>2</sup> = € 4.000,- Höchstförderung). Sein Vorschlag: eine Anhebung auf € 40,- pro m<sup>2</sup> Kollektorfläche und eine Begrenzung auf 20 m<sup>2</sup> (max. € 800,-). Zustimmung kommt von GR Hager, der darin einen Anreiz für einen Einstieg in die Solarwärmenutzung sieht. GR Feichtner hinterfragt das Inkrafttreten des Anhebungsbeschlusses.

#### **Beschluss:**

Einstimmig durch Handzeichen spricht sich der Gemeinderat für eine Anhebung der Solaranlagenförderung aus. Die Gemeindeförderung wird rückwirkend ab 1.01.2006 mit EUR 40,- pro m<sup>2</sup> Kollektorfläche, gedeckelt mit max. 20 m<sup>2</sup> also maximal EUR 800,-, festgesetzt.

#### Punkt 8)

##### Schreiben Amt der Tiroler Landesregierung bezüglich Tiroler Kleinunternehmerförderung zur Gewährung einer Nahversorgungsprämie.

Der Bgm. erläutert die Situation. Von Herrn Alois Köpf ist bei der Landesregierung um eine Nahversorgungsprämie für sein Lebensmittelgeschäft in der Gemeinde Breitenbach angesucht worden. Grundvoraussetzung für die Gewährung dieser Nahversorgungsprämie ist aber, dass auch die betroffene Gemeinde finanziell beiträgt, den Fortbestand des Nahversorgers längerfristig zu sichern. Die Gemeinde müsse zumindest 10 % der maximalen Landesförderung (höchster Förderbarwert ist € 7.500,-) leisten, damit der Nahversorger in den Genuss der Subvention kommen kann, rechnet der Bgm. vor. Aufklärend fügt er noch hinzu, dass für Bäcker oder Fleischhauereien

diese Förderung nicht in Frage komme. Sein Vorschlag: dem Nahversorger Alois Köpf eine Gemeindeförderung von € 1.000,- zu gewähren, um damit auch die Auszahlung der Landesförderung auszulösen. Im Gemeinderat gibt es dafür eine breite Unterstützung, artikuliert durch eine Wortmeldung von GR Atzl.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt in offener Abstimmung einstimmig, dem Betreiber des einzigen Lebensmittelgeschäftes im Dorf, Herrn Alois Köpf, einen Förderzuschuss in Höhe von EUR 1.000,- zur Unterstützung und Stärkung der Nahversorgung in der Gemeinde zu gewähren.

Punkt 9)

Beratung und Beschlussfassung über weitere Vorgangsweise betreffend Veräußerung Gst. 5697 und Gst. .394 – gesamt 1318 m<sup>2</sup> (ehemalige Volksschule Glatzham).

Nach dem Auszug von Herrn Koppandi könne nun die Gemeinde an eine Verwertung des Objektes denken, meint der Bgm. Von Arch. Adamer habe er sich einen kostenlosen Vorschlag machen lassen, welche Bebauungsmöglichkeiten überhaupt ins Auge gefasst werden könnten. Dieser Bebauungsvorschlag habe ein Reihenhaus mit 4 Wohneinheiten vorgesehen, vom Bgm. werden Details dazu erläutert. Ihm schwebt vor, dass der Gemeinderat einen Grundsatzbeschluss dahingehend fasst, dass die Liegenschaft entweder an einen bestanbietenden Bauträger abgegeben wird oder sich die Gemeinde doch hinsichtlich Gestaltung und Vergabe ein Mitbestimmungsrecht sichert. Letzteres würde den bisher verfolgten Intentionen (Grund für Weichende des Weilers Tal/Glatzham) mehr entsprechen, glaubt er. GR Feichtner bezieht sich auf das Schreiben der Neuen Heimat Tirol zur Adamer-Studie. Er tendiert vom Ansatz her zu einer Grundstücksteilung nach einem Gesamtplan, auch um die Grunderwerbssteuersparnis lukrieren zu können. Außerdem könnten die Gebäude besser auf die Bedürfnisse der Grundkäufer abgestimmt werden und diesen würde auch Gelegenheit geboten, durch Eigenleistungen die Baukosten zu beeinflussen. Von GR Feichtner wird von einem ähnlichen Projekt in Westendorf berichtet. Grundsätzlich wäre aber eine Bedarfserhebung (wer kommt in Betracht und was wird gewünscht) erforderlich, zeigt er die Vorgangsweise auf. Als zweite Variante sieht er ebenfalls nur den Verkauf an einen bestanbietenden Bauträger und hier mit der Bedingung, dass nur einheimische Wohnungswerber zum Zuge kommen dürften. Vom Bgm. werden Problembereiche angezogen und klar gestellt, dass im Fall der Einzelgrundvergabe für die Projektrealisierung (gemeinsame Verbauung) jedenfalls nicht die Gemeinde verantwortlich zeichnen dürfe. Von GR Feichtner wird angeboten, den Bauausschuss unverbindlich mit Herrn Gasteiger (Gesamtplaner beim Projekt in Westendorf) für ein Informationsgespräch zusammenzubringen. Außerdem schlägt er die Ausschreibung des Abbruchs für das Altgebäude vor. Auch GR Gruber spricht sich für eine interene Umfrage nach Interessenten im Gebiet Tal/Glatzham aus, die Benachteiligungen bei der Baugrundwidmung in diesem Bereich soll ausgleichend berücksichtigt werden. Die Gemeinde soll ehestens den Gebäudeabbruch in die Wege leiten, fordert er.

**Beschluss:**

Per Akklamation fasst der Gemeinderat mit 12 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme (GR Hohlrieder) den Grundsatzbeschluss, die Liegenschaft in EZ 133 (altes Schul- und Wohngebäude Glatzham) für eine Wohnbebauung verkaufen zu wollen. Der Bauausschuss soll bis zum September Vorarbeiten und Vorschläge für eine entsprechende Bebauung (Kosten Abbruch, Reihenhausanlage, Einzelgründe, Eigentumswohnungen, Bauträger usw.) leisten bzw. erarbeiten.

Punkt 10)

Personalangelegenheiten:

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt über Antrag des Bürgermeisters einstimmig durch Handerheben zum Punkt 10) noch folgende dringliche Personalangelegenheit in die Tagesordnung aufzunehmen:

- c) Vertragsverlängerung der Kindergartenstützkraft Kern Michaela bei Fortführung der Kindergarten-Einzelintegration.

Pkt. 10a)

Vergabe der ausgeschriebenen Karenzstelle im Kindergarten.

Der Karenzposten für die Kindergärtnerin Schwaiger Kathrin ist im „Pleassinger“ ausgeschrieben worden, bis zur gesetzten Einbringungsfrist 30.06.2006 sind 7 Bewerbungen eingegangen. Der Bgm. listet Namen und Wohnorte der Bewerberinnen auf. Es sind dies:

Name	Vorname	geb. am:	Wohnort	Straße
Kometer	Kornelia	16.09.1983	6134 Vomp	Josef-Heiß-Straße 34
Pecherstorfer	Nicole	22.12.1986	6300 Wörgl	Kanzler Biener-Straße 3/9
Atzl	Karoline	01.02.1983	6233 Kramsach	Fachtal 22
Schiestl	Christina	28.01.1985	6290 Mayrhofen	Schmiedwiese 174
Lindner	Roberta	19.06.1979	6240 Radfeld	Dorfstraße 97c
Steinbacher	Christina	14.12.1986	6250 Kundl	Kohlstatt 1
Krigovszky	Gerlinde	26.08.1980	6252 Breitenbach	Moos 117

Die Bewerbungsunterlagen sind den Gemeinderäten bei den Klubsitzungen vorgelegen, sie verzichten deshalb auf eine Verlesung durch den Bgm. Dieser berichtet von deutlichen Präferenzen der Kindergärtnerinnen für Frau Krigovszky, nachdem zuletzt das interne Betriebsklima deutlich gestört gewesen sei. Für die schriftlich geheime Abstimmung kommen vorbereitete Stimmzettel zur Austeilung. Als Stimmzähler fungieren die Gemeinderäte Adamer und Hager.

**Beschluss:**

Bei schriftlich geheimer Abstimmung wird die ausgeschriebene Karenzstelle im Kindergarten mit 12 Stimmen an Frau Krigovszky Gerlinde, Breitenbach, Moos 117, vergeben. 1 Stimme entfällt auf Frau Steinbacher Christina. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Gemeindevertragsbedienstetengesetzes in der Entlohnungsgruppe „ki“ als Vollbeschäftigung. Das Beschäftigungsverhältnis wird befristet eingegangen für die Dauer der Inanspruchnahme des Karenzurlaubes durch Frau Schwaiger Kathrin, längstens jedoch bis zum 31.08.2008.

Pkt. 10b)

Festlegung Vorgangsweise Nachbesetzung Amtsleiter(in).

Der Bgm. berichtet von bisher 11 eingegangenen Bewerbungen und dass die Einbringungsfrist bis 31.07.2006 laufen würde. Den Gemeinderäten wird auch zur Kenntnis gebracht, dass unter den Bewerbungen etliche Juristen seien und dass sich der Gemeinderat über ein Vorauswahlverfahren Gedanken machen müsse. Er könne sich vorstellen, dass diese engere Auswahl auch vom Gemeindevorstand bewerkstelligt werden könnte, meint er. Auch GR Feichtner geht von seiner ursprünglichen Idee der Befassung eines externen Personalberatungsunternehmens ab und sieht auch die Objektivität bei einem Hearing und einer Vorauswahl im Gemeindevorstand gewahrt.

**Beschluss:**

Einstimmig durch Handzeichen beschließt der Gemeinderat, dass die Bewerber zu einem Hearing vor den Gemeindevorstand geladen werden und dabei eine gewisse Vorauswahl herbeigeführt werden soll.

Pkt. 10c)

Vertragsverlängerung der Kindergartenstützkraft Kern Michaela bei Fortführung der Kindergarten-Einzelintegration.

Laut Bgm. ist ein Antrag auf Weiterführung des Kindergartenversuches Einzelintegration für Kartal Abdul beim Land gestellt worden, eine Genehmigung liegt noch nicht vor. Nachdem der Dienstvertrag der Kindergartenstützkraft Kern Michaela am 31.08.2006 ausläuft, würde eine

Befassung des Gemeinderates damit im September jedenfalls zu spät kommen. Er ersucht deshalb um eine Beschlussfassung, dass Frau Kern bei Weiterführung dieser Integration der Dienstvertrag verlängert werden kann.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig per Akklamation eine Verlängerung des Dienstvertrages für die Kindergartenstützkraft Frau Kern Michaela für den Fall, dass die Kindergarten-Einzelintegration mit Bewilligung des Landes Tirol ein weiteres Jahr weitergeführt werden kann. Die Verlängerung erfolgt auf Basis des bestehenden Dienstvertrages und wird auf die Dauer des Kindergartenversuches, längstens jedoch bis zum Ablauf des Kindergartenjahres 2006/07 am 31.08.2007, eingegangen.

Punkt 11)

Anträge, Anfragen und Allfälliges.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt über Antrag des Bürgermeisters einstimmig durch Handerheben folgende dringlichen Angelegenheiten in die Tagesordnung aufzunehmen:

- a) Verkauf von Anteilen der Felbertauernstraße AG an das Land Tirol – Beschlussfassung.
- b) Auftragsvergabe für Lieferung und Montage einer Fensterjalousie im Kindergarten.
- c) Ansuchen Feichtner Hubert, Moos 36, um Umwidmung der Grundstücke 206/6, 206/7, 206/8 und 206/9 von derzeit Freiland in Wohngebiet.
- d) Antrag der Gemeinderatsfraktion „Junge Breitenbacher“ auf Installierung eines Sozialfonds.
- e) Auftragsvergabe zur Erstellung der Kollaudierungsunterlagen für die Kanalbauabschnitte 05 und 06 an das Ingenieurbüro DI Peter Pollhammer 6323 Bad Häring.
- f) Beschlussfassung über Sofortmaßnahmen nach den heurigen Unwetterschäden.

Punkt 11a)

Verkauf von Anteilen der Felbertauernstraße AG an das Land Tirol – Beschlussfassung.

Die Landesregierung habe den Gemeinden schon vor einem Jahr angeboten, ihre Aktien an der Felbertauernstraße AG zum Nominale zu übernehmen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern, berichtet der Bgm. Ihm sei das sinnvoll erschienen und habe er den Aktienverkauf über den Nennbetrag von seinerzeit ATS 3.700,- unterschrieben. Der damalige Aktienverkaufsvertrag habe nun aber offensichtlich nicht genügt und die Felbertauern AG verlange nun einen Gemeinderatsbeschluss samt aufsichtsbehördlicher Genehmigung für die Umschreibung im Anteilsbuch der Gesellschaft, läßt der Bgm. wissen. Dieser Beschluss soll nun nachgeholt werden.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt in offener Abstimmung mit 12 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme (GR Hohlrieder) den Verkauf der im Gemeindebesitz befindlichen Anteile an der Felbertauernstraßen AG (37 Stück Stückaktien mit einem Nennbetrag von insgesamt gerundet 269 EURO) an das Land Tirol. Der Kaufpreis für die Aktien beträgt laut Kaufvertrag € 268,99.

Punkt 11b)

Auftragsvergabe für Lieferung und Montage einer Fensterjalousie im Kindergarten.

Die Kindergartenleiterin sei an ihn herantreten, eine kaputte Jalousie straßenseitig beim Kindergartenbau austauschen zu lassen, berichtet der Bgm. Das von der Leiterin vorgelegte Kostenangebot der Firma PAL – Sonnenschutztechnik sei ihm aber mit € 2.054,- zu teuer erschienen und habe er sich daraufhin ein zweites Angebot über Arch. Adamer von der Firma Helios legen lassen. Mit Erfolg, vermeldet der Bgm. und nennt eine Anbotsumme von € 1.239,- plus € 40,- für Demontage und Entsorgung der beschädigten Jalousie. Nachdem bei anderen Jalousien des Kindergartengebäudes durch Hagelschlag ein versicherungsmäßig gedeckter Schaden entstanden sei, könnte der gegenständliche Austausch im Zuge der Schadensabwicklung erfolgen, schlägt der Bgm. vor.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat vergibt einstimmig durch Handzeichen den Austausch der schadhaften Jalousie beim Kindergarten an die Firma Helios, Sonnen- und Wetterschutz GmbH, 6403 Polling, zum Anbotpreis von EUR 1.239,40 netto. Die Anbotsumme erhöht sich noch um EUR 40,- für Demontage und Entsorgung der beschädigten Jalousie.

Punkt 11c)

Ansuchen Feichtner Hubert, Moos 36, um Umwidmung der Grundstücke 206/6, 206/7, 206/8 und 206/9 von derzeit Freiland in Wohngebiet.

Der Bgm. verliest den Umwidmungsantrag vom 16.06.2006 sowie die Begutachtung des Raumplaners und erläutert overheadunterstützt die Lage der betroffenen Grundstücke. Die Grundstücke sollen zur Erbentfertigung der Kinder Georg, Hubert, Christine, Walter und Roswitha umgewidmet werden. Der Bgm. sieht dazu kein Problem, die Grundstücke wären im RO-Konzept als Baulanderweiterungsflächen enthalten und der Bedarf und die privatrechtlichen Vereinbarungen lägen vor, meint er. Für die schriftlich geheime Abstimmung treten wieder die Stimmzähler Adamer und Hager in Aktion. GR Feichtner verläßt zur Abstimmung wegen Befangenheit das Sitzungszimmer.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat der Gemeinde Breitenbach beschließt in geheimer Abstimmung mit 12 Ja-Stimmen (Stimmhaltung von GR Feichtner wegen Befangenheit), den Planentwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Grundstücke Nr. 206/6, 206/7, 206/8 und 206/9, GB Breitenbach, AntragstellerIn: Feichtner Hubert, 6252 Breitenbach, Moos 36, durch 4 Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht folgende Änderung vor:

Umwidmung der Grundstücke Nr. 206/6, 206/7, 206/8 und 206/9 im Gesamtausmaß von ca. 2.995 m<sup>2</sup> von derzeit Freiland in Bauland – Wohngebiet.

Für die Umwidmungsfläche gelten die im Raumordnungskonzept festgelegten Bedarfs- und Widmungskriterien (RO-Konzept Zähler W 39), entsprechende privatrechtliche Vereinbarungen mit dem Umwidmungswerber und den weichenden Kindern liegen vor.

Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat gemäß § 68 Abs. 1 lit. a) TROG 2006, dass der Umwidmungsbeschluss dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen zum Entwurf von einer hiezu berechtigten Person oder Stelle eingehen.

Entscheidungsbegründung:

Der Gemeinderat stützt sich in seiner Entscheidung auf das raumplanerische Gutachten des Herrn Dr. Georg Cernusca, in dem gut nachvollziehbar ausgeführt wird, dass gegen die vorgesehene Umwidmung keine raumordnerischen Bedenken bestehen. Die Umwidmung entspricht dem örtlichen RO-Konzept (Planungsbereich W 39) und ein konkreter Bedarf (Erbentfertigung bzw. Wohnraumbeschaffung für Kinder) ist gegeben. Die Infrastruktur hinsichtlich Zufahrt, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist gegeben.

Punkt 11d)

Antrag der Gemeinderatsfraktion „Junge Breitenbacher“ auf Installierung eines Sozialfonds.

Vom Bgm. wird der entsprechende Antrag verlesen, als Zielsetzung wird die finanzielle Unterstützung von in Not geratenen in Breitenbach wohnhaften Familien und Personen genannt. GR Adamer erklärt den Sinn eines Fonds bezogen auf einen konkreten Breitenbacher Anlassfall. Ein Sozialfonds soll rasche Abhilfe schaffen können, deshalb müssten die finanziellen Unterstützungsmittel sofort verfügbar sein und nicht erst durch humanitäre Aktionen über Monate hinweg zusammengekratzt werden, argumentiert sie. Viele Vereine würden immer wieder humanitär tätig sein und Veranstaltungserlöse u.dgl. spenden wollen. Hiefür soll bei der Gemeinde ein Fonds installiert werden, der mit allen aufzubringenden Mitteln laufend dotiert werden soll. Der Antrag kommt bei den Gemeinderäten und dem Bgm. gut an, letzterer wünscht sich aber keinen neuen Ausschuss, sondern die Verwaltung des Fonds im Rahmen des bestehenden Ausschusses für

Soziales, Familie und Schule. GR Atzl hinterfragt den Start und das Bekanntmachen der Aktion, auch die Spender sollten durch den gemeinsamen Topf nicht der Anonymität untergehen, fordert er. Kein Problem für GR Adamer, die hiezu schon einige Ideen entwickelt.

**Beschluss:**

Einstimmig per Handzeichen stimmt der Gemeinderat dem Antrag der Liste „Junge Breitenbacher“ auf Installierung eines Sozialfonds in der Gemeinde zur Unterstützung von in Not geratenen Breitenbacher Familien und Personen zu. Die Agenden der Verwaltung, Spendenaufbringung und Verteilung des einzurichtenden Fonds werden dem Gemeindeausschuss für Soziales, Familie und Schule übertragen. Obfrau des Ausschusses ist GR Adamer Veronika.

Punkt 11e)

Auftragsvergabe zur Erstellung der Kollaudierungsunterlagen für die Kanalbauabschnitte 05 und 06 an das Ingenieurbüro DI Peter Pollhammer 6323 Bad Häring.

Einmal mehr berichtet der Bgm. über die Misere mit dem Ing.-Büro Schwarz, mit dem einfach die Kollaudierung der Kanalbauabschnitte 05 und 06 gegenüber der Kommunalkredit Wien nicht mehr zu bewerkstelligen sei und damit die gesamte für den Kanalbau vertraglich zugesicherte Umweltförderung in der Luft hängen würde. Nachdem die Kommunalkredit GmbH schon mehrere Male urgiert hat, habe er im Mai den Auftrag zur Erstellung der Kollaudierungsunterlagen an DI Peter Pollhammer übergeben. DI Pollhammer habe auch schon die Unterlagen im Gemeindeamt dazu gesichtet und sei dieser zuversichtlich, unter Mithilfe des BBA-Kufstein die Kollaudierung über die Bühne bringen zu können, läßt der Bgm. wissen. Er ersucht den Gemeinderat, seinen mündlich erteilten Auftrag mit Beschluss bestätigen zu wollen. Damit könnte er vielleicht von der Kommunalkredit eine weitere Terminerstreckung erreichen. Die Gemeinde werde natürlich versuchen die anfallenden Kosten bei Frau Schwarz zu regressieren, kündigt der Bgm. an, verbreitet diesbezüglich aber keine allzugroßen Hoffnungen.

**Beschluss:**

Weil mit einer Vorlage der Endabrechnungsunterlagen für die längst abgeschlossenen Kanalbauabschnitte 05 und 06 durch das bisher für die Gemeinde Breitenbach tätige aber offensichtlich funktionsunfähige Ing.-Büro Schwarz nicht mehr zu rechnen ist, beschließt der Gemeinderat einstimmig durch Handzeichen, den Auftrag für die Fertigstellung dieser Kollaudierungsunterlagen an das Ingenieurbüro DI Peter Pollhammer, 6323 Bad Häring, Osterndorf 67, zu vergeben. Das Ingenieurbüro Pollhammer wird seine Leistungen nach dem tatsächlichen Aufwand und auf Grundlage des Allgemeinen Teiles der Gebührenordnung der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten zur Verrechnung bringen.

Punkt 11f)

Beschlussfassung über Sofortmaßnahmen nach den heurigen Unwetterschäden.

Der Bgm. sieht die Notwendigkeit, aufgrund der heurigen Unwetterschäden hinsichtlich der bereits besprochenen neuralgischen Punkte (Pfarrsiedlung, Grünbichl, Zieherfeldweg) ohne Verzug handeln zu müssen. Er argumentiert also mit Handlungsbedarf und geht noch einmal auf die einzelnen Bereiche ein.

**Pfarrsiedlung:**

Hier fehlt offensichtlich ein Stück Oberflächenwasserkanal im Bereich der Gemeinestraße. Bei Starkregen strömen alle Wässer über den Gemeineweg in die niedrigst gelegenen Gründe bzw. Keller der Pfarrsiedlung (Rendl, Fraunberger). Vom Bgm. kommt dazu ein mit der Strabag abgestimmter Sanierungsvorschlag: das schadhafte Straßenstück sanieren, auskoffern, mit einem Oberflächenwasserkanal versehen und die Querneigung entsprechend ausrichten. Kostenpunkt laut Schätzung BM Gangelberger € 15.000,-.

**Grünbichl:**

Der Graben führt mehrmals im Jahr bei Starkregen gewaltige Wassermengen und gefährdet mehrere Liegenschaften (Müller, Adamer). Rasche Abhilfe ist nicht einfach, weil die bachartigen Wässer in den Firstbach geleitet werden müssten (Wasserrechtsgenehmigung). Der Bgm. denkt deshalb über eine kleinere, aber rasch zu realisierende Maßnahme nach.

**Zieherfeldweg:**

Befördert immer wieder viel Schottermaterial auf den Gemeindeweg bei der Kämpferkapelle. Der Bgm. ist sich sicher, dass diese Ablagerungen nicht von seinem Vorplatz stammen.

Nach Vorstellung des Bgm., soll die Firma Strabag für Sofortmaßnahmen, die erst noch in ihrem Ausmaße endgültig festzulegen seien, zu den Konditionen der letzten Aufträge beauftragt werden. Auch eine Besichtigung der neuralgischen Punkte mit dem Gemeindevorstand zur Festlegung der Maßnahmen sei ihm recht, bietet der Bgm. an. Im Budget wären € 50.000,- für Asphaltierungen vorgesehen, die umgeschichtet werden könnten, sieht er auch die Bedeckung gegeben. Wegen Gefahr in Verzug plädieren die GRe Atzl und Gruber für ein rasches Handeln.

**Beschluss:**

Einstimmig durch Handzeichen wird der Bgm. ermächtigt, zur Schadensabwehr für die bei Unwettern gefährdeten Bereiche (Pfarrsiedlung, Grünbichl, Zieherfeldweg) Sofortmaßnahmen in die Wege leiten und dazu entsprechende Aufträge an die Firma Strabag zu den zuletzt gehaltenen Konditionen erteilen zu dürfen.

Allgemeine Anfragen:

GR Adamer fragt wegen der Kennzeichnung eines Fußgängerstreifens im Bereich des sanierten Gemeindeweges (Bründlholz, Ertl) nach.

GR Grad kommt auf die zwischen den Rettungsgesellschaften zuletzt wieder aufgeflamten Turbulenzen (Fall Kirchbichl) zu sprechen.

Das Protokoll dieser Sitzung wurde den Gemeinderäten zur Begutachtung zugestellt, genehmigt und unterschrieben.

Schriftführer: Bellinger